

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 112 (2015)
Heft: 3

Artikel: Unterschiedliche Regeln bei der Verwandtenunterstützung
Autor: Kehrli, Christin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840059>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unterschiedliche Regeln bei der Verwandtenunterstützung

Der dritte Beitrag der Serie «Monitoring Sozialhilfe» befasst sich mit den kantonalen Vorschriften zur Beteiligung von Verwandten am Unterhalt von sozialhilfebedürftigen Familienmitgliedern.

Leistungen der Sozialhilfe sind subsidiär und bedarfsabhängig. Sie werden erst gewährt, wenn das eigene Einkommen, das eigene Vermögen, Renten oder Unterhaltsansprüche zur Deckung des minimalen Bedarfs nicht ausreichen. Die Subsidiarität beschränkt sich nicht nur auf persönliche finanzielle Möglichkeiten und Leistungen von Sozialversicherungen, sondern bezieht auch die Familie mit ein (Art. 328 ZGB).

Die SKOS-Richtlinien empfehlen den Sozialdiensten im Abschnitt F.4, die familienrechtliche Unterstützungspflicht bei Verwandten mit überdurchschnittlichem Einkommen beziehungsweise Vermögen in Betracht zu ziehen. Sie geben weiter einen Anhaltspunkt, ab wann eine sorgfältige und genaue Prüfung durchgeführt und darauf basierend eine monatliche Unterstützungssumme berechnet und vereinbart werden soll. Das ist der Fall bei einem steuerbaren Einkommen ab 120 000 Franken pro Jahr für eine Einzelperson respektive 180 000 Franken für Paare. Dieses massgebliche Einkommen kann für jedes minderjährige Kind um 20 000 Franken erhöht werden. Bei den Vermögen empfehlen die Richtlinien, ab 250 000 Franken für Einzelpersonen, 500 000 für Paare und zusätzlich 40 000 Franken pro minderjähriges Kind eine Unterstützung anzufragen. Diese Beträge gelten seit Januar 2009.

Die Mehrheit folgt den Empfehlungen

17 Kantone haben diese Empfehlungen in ihre Gesetzgebung oder in ihr kantonales Handbuch für Sozialhilfe aufgenommen. Der Kanton Obwalden stützt sich darauf, ohne dies im Sozialhilfegesetz explizit zu erwähnen. Die Kantone Wallis und Appenzell-Ausserrhodan wenden nach wie vor die Empfehlungen von 2008 an, die rund halb so hohe Grenzen für das Einfordern von Verwandtenunterstützung vorsehen. In den Kantonen Genf und Waadt basieren die Regelungen ebenfalls auf den SKOS-Richtlinien. Jedoch wird nicht zwischen

Einkommen und Vermögen unterschieden, sondern diese beiden Grössen werden im «Revenu déterminant» zusammengefasst. Wenn eine Einzelperson ein Einkommen von über 150 000 Franken (Genf) respektive 130 000 Franken (Waadt) aufweist und ein Paar mehr als 200 000 Franken respektive 180 000 Franken, werden sie bezüglich Unterstützungsleistungen für ihre sozialhilfeabhängigen Verwandten kontaktiert. Drei Kantone (Appenzell-Innerrhoden, Thurgau und Uri) schränken die Unterstützungspflicht nicht weiter ein und prüfen die Möglichkeiten im Einzelfall.

Als einziger Kanton verzichtet der Kanton Basel-Landschaft seit 2014 gänzlich darauf, die Unterstützungsmöglichkeiten durch Verwandte zu prüfen. Der Entscheid basiert auf einer Kosten-/Nutzen-Analyse, die zum Schluss kam, dass die Zahl der potenziellen Unterstützungsfälle durch Verwandte derart gering ist, dass eine systematische Prüfung nicht wirtschaftlich ist. Eine Prüfung ausschliesslich in Vermutungsfällen lehnte der Kanton mit der Begründung ab, dass dies die Tür für Willkür öffne.

Dort wo die Sozialhilfe eine kommunale Aufgabe ist, kann die Praxis der einzelnen Gemeinden von den Empfehlungen der Kantone allerdings abweichen. Das bei den kantonalen Sozialämtern 2014 durchgeführte Monitoring zeigt, dass 19 Amtsstellen annehmen, dass ihre Empfehlungen von den Gemeinden mehrheitlich umgesetzt werden. Fünf kantonale Amtsstellen gehen hingegen davon aus, dass höchstens in der Hälfte der Fälle nach der empfohlenen Praxis vorgegangen wird. Auch hier wohl vor allem deshalb, weil sich Aufwand und Ertrag einer aufwändigen Prüfung für kleine Sozialdienste kaum rechnen. Auch die Statistik des Sozialamts Bern weist auf die geringe Bedeutung dieses Instruments hin. Die Zahl der eingeforderten Unterstützungen kann an zwei Händen abgezählt werden. Die einkassierten Rück-

«MONITORING SOZIALHILFE»

Die Artikelserie zum «Monitoring Sozialhilfe» gewährt Einblicke in die Vielfalt der kantonalen Sozialhilfe-Bestimmungen und deren konkrete Umsetzung in der Praxis.

zahlungen liegen vermutlich unter den für diese Prüfung aufgewendeten Personalkosten. Offizielle Zahlen gibt es wenige.

Die Unterstützungspflicht erstreckt sich auf die Verwandtschaft in direkter Linie, das heisst auf Kinder, Eltern und Grosseltern. In der Praxis ist der Rückgriff über zwei Generationen schwierig. Bei einem Paar müssen bei der Prüfung der Unterstützungspflicht von Grosseltern aus Gründen der Gleichbehandlung formal alle vier Grosselternpaare respektive alle acht Grosseltern, vorausgesetzt, dass sie noch leben, einer Prüfung unterzogen werden. Weigern sich Verwandte, die geforderte Unterstützung zu leisten, müssen die Sozialdienste eine Zivilklage antreten, da sie nicht weisungsbefugt sind.

Fazit

Auf gesetzlicher Ebene können grob drei verschiedene Praktiken unterschieden werden, wie und ob Verwandte von sozialhilfebedürftigen Menschen zu deren Unterstützung herbeigezogen werden: die Prüfung des Einzelfalls ab einer bestimmten Einkommens- und Vermögenslimite, die Prüfung ohne Vermögenslimite und der gänzliche Verzicht auf eine Prüfung aufgrund einer Kosten-/Nutzen-Abwägung. Wie andere Instrumente im Zusammenhang mit der Sozialhilfe wird auch die Verwandtenunterstützung in den Kantonen unterschiedlich gehandhabt. Entsprechend wird der Sinn und Zweck der Verwandtenunterstützung in Fachkreisen unterschiedlich beurteilt und teilweise kontrovers diskutiert. ■

Christin Kehrl

Leiterin Fachbereich Grundlagen SKOS